USA setzen auf Georgien als Instrument zur Überdehnung Russlands

In Georgien, dem Land an der südlichen Kaukasusgrenze Russlands, brechen weiterhin politische Unruhen aus, angeführt von offen anti-russischen Demonstranten, die von der USamerikanisch-europäischen Regierung mit Geld und Förderung unterstützt werden.



9. Dezember 2024 | Brian Berletic

Die Proteste sind eine Wiederholung ähnlicher Unruhen in Georgien im Jahr 2003, die zum Sturz der damals gewählten Regierung führten.

In einem <u>Guardian-Artikel</u> aus dem Jahr 2004 mit dem Titel "US-Kampagne hinter den Unruhen in Kiew" wurde nicht nur zugegeben, dass die Unruhen in der Ukraine in jenem Jahr vollständig von der US-Regierung organisiert, gelenkt und unterstützt wurden, sondern auch, dass ähnliche von den USA unterstützte Unruhen "vier Länder in vier Jahren" betrafen, darunter Georgien selbst.

Der Guardian gab zu:

Die von der US-Regierung finanzierte und organisierte Kampagne, an der US-Beratungsunternehmen, Meinungsforscher, Diplomaten, die beiden großen amerikanischen Parteien und US-Nichtregierungsorganisationen beteiligt waren, wurde in Europa erstmals im Jahr 2000 in Belgrad eingesetzt, um Slobodan Milosevic an den Wahlurnen zu schlagen. Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte dabei eine Schlüsselrolle. Letztes Jahr, als US-Botschafter in Tiflis, wiederholte er den Trick in Georgien, indem er Michail Saakaschwili darin unterrichtete, wie man Eduard Schewardnadse zu Fall bringt.

Im selben Artikel wird auch erklärt:

Letztes Jahr [2003], bevor er Präsident in Georgien wurde, reiste der in den USA ausgebildete Herr Saakaschwili von Tiflis nach Belgrad, um sich in den Techniken des Massenaufstands schulen zu lassen.

Und von 2003 bis 2008 nahm das von den USA installierte Klientelregime unter Saakaschwili militärische Ausbildung, Ausrüstung und Waffen der US-NATO im Rahmen des vom US-Außenministerium als "Georgia Train and Equip Program" <u>bezeichneten Programms</u> zur Ausbildung und Ausrüstung von Georgien direkt an den Grenzen Russlands entgegen.

Diese Ausbildung und Ausrüstung wurde bis zum Jahr 2008 fortgesetzt, als georgische Streitkräfte im August russische Friedenstruppen angriffen und einen kurzen, aber für Georgien verheerenden Krieg auslösten. Anfang des Jahres wechselten die georgischen Streitkräfte beispielsweise von Kalaschnikows zu M4-Karabinern aus US-amerikanischer Produktion, wie Reuters berichtete, was die intensive Beteiligung der USA am Aufbau der georgischen Streitkräfte vor dem Angriff auf Russland widerspiegelt.

Trotz der <u>Versuche der USA</u>, den Konflikt vom August 2008 als "russische Invasion" darzustellen, hat die EU im Rahmen ihrer eigenen Untersuchung festgestellt, dass Georgien für die Auslösung des Konflikts verantwortlich ist, wie Reuters <u>berichtet</u>.

Georgien: Ein Instrument zur "Ausnutzung der Spannungen im Südkaukasus"

Die politische Vereinnahmung Georgiens durch die USA und die anschließende Verwendung als bewaffneter Stellvertreter gegen das benachbarte Russland in einem verheerenden Krieg diente als Vorlage für die erneute Verwendung durch die USA in der Ukraine von 2014 bis heute, allerdings in viel größerem Maßstab.

Georgien wird von der US-Regierung und den von der US-Rüstungsindustrie <u>finanzierten</u> Entscheidungsträgern immer noch als eine von mehreren möglichen Fronten für den weiteren Einsatz zur "Überdehnung" Russlands angesehen.

In dem 2019 veröffentlichten <u>Papier</u> der RAND Corporation mit dem Titel "Extending Russia: Competing from Advantageous Ground" wird Georgien in einem Abschnitt mit dem Titel "Maßnahme 1: Ausnutzen der Spannungen im Südkaukasus" namentlich aufgeführt.

Weitere Maßnahmen sind:

- Maßnahme 1: Tödliche Hilfe für die Ukraine,
- Maßnahme 2: Verstärkte Unterstützung für die syrischen Rebellen,
- Maßnahme 3: Förderung des Regimewechsels in Belarus,
- Maßnahme 5: Verringerung des russischen Einflusses in Zentralasien und
- Maßnahme 6: Bekämpfung der russischen Präsenz in Moldawien.

Alle sechs Maßnahmen werden von der US-Regierung in der einen oder anderen Form verfolgt, insbesondere angesichts des anhaltenden Krieges in der Ukraine und der jüngsten Eskalation des Konflikts in Syrien.

Speziell zu Georgien heißt es im Bericht unter "Maßnahme 4":

Die USA könnten Russland im Kaukasus auf zweierlei Weise ausdehnen. Erstens könnten die USA auf eine engere NATO-Beziehung zu Georgien und Aserbaidschan drängen, was Russland dazu veranlassen dürfte, seine militärische Präsenz in Südossetien, Abchasien, Armenien und Südrussland zu verstärken.

Er stellt außerdem fest, dass "die USA auch ihre Bemühungen erneuern könnten, Georgien in die NATO aufzunehmen".

Die derzeitige Regierungspartei in Georgien will eine NATO-Mitgliedschaft vermeiden, um nicht die "nächste Ukraine" zu werden. Um Georgien wieder als Verfügungsmasse nutzen zu können, müssen die USA die derzeitige georgische Regierung entmachten und ein gehorsames Klientenregime installieren, das die Interessen Georgiens den Interessen Washingtons unterordnet.

Das gleiche Papier warnt jedoch davor, dass Washington die Bedenken Russlands hinsichtlich der nationalen Sicherheit in Bezug auf die Ausweitung der Präsenz von NATO-Truppen entlang seiner Grenze, möglicherweise auch in Georgien, voll und ganz nachvollziehen kann, und weist darauf hin, dass Russland militärisch eingreifen könnte, um dies zu verhindern – so wie es jetzt in der Ukraine geschehen ist.

In demselben Papier aus dem Jahr 2019 heißt es unter der Überschrift "Maßnahme 1: Tödliche Hilfe für die Ukraine", dass der daraus resultierende Konflikt wahrscheinlich "unverhältnismäßig viele ukrainische Opfer, Gebietsverluste und Flüchtlingsströme verursachen würde. Er könnte die Ukraine sogar in einen für sie ungünstigen Frieden führen" – alles Tatsachen, die sich jetzt abzeichnen.

Die Politik der amtierenden georgischen Regierung spiegelt also nicht nur die Interessen Georgiens wider, sondern auch begründete Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen Katastrophe, die von den US-amerikanischen Entscheidungsträgern selbst geäußert wurden, während sie versuchten, Georgien einmal mehr als Stellvertreter gegen Russland zu benutzen.

Georgien: Ein Schlachtfeld zwischen Imperium und Souveränität

Die US-Regierung setzt Meinungsforschungsinstitute ein, um die öffentliche Meinung in bestimmten Ländern, darunter auch Georgien, zu bewerten und der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Dabei werden die Bestrebungen, der EU und der NATO beizutreten und sich sogar gegen Russland zu positionieren, als der Wille des Volkes und die Vertretung seiner vermeintlich besten Interessen dargestellt.

Viele Beobachter werten diese Umfragewerte als Beweis dafür, dass amtierende Regierungen, die sich gegen solche Interessen stellen, "Diktaturen" sind, die den Willen der Bevölkerung mit Füßen treten.

In Wirklichkeit geht es bei diesen Umfragen nicht um die besten Interessen der georgischen Öffentlichkeit, sondern um den Erfolg oder Misserfolg der von der US-Regierung finanzierten Propagandakampagnen, mit denen die georgische Öffentlichkeit davon überzeugt werden soll, dass die Interessen Washingtons auch ihre Interessen sind.

Objektiv gesehen liegt die Neutralität für Staaten wie Georgien im Interesse des georgischen Volkes, vor allem wenn man seine wichtigsten <u>Handelspartner</u> und die Folgen bedenkt, die Georgien bereits durch seine frühere politische Vereinnahmung und Nutzung durch Washington erlitten hat.

Während Nationen rund um den Globus stark in die nationale Verteidigung in traditionellen Bereichen wie Landgrenzen, Küsten und Luftraum investiert haben, haben nur wenige Nationen neue Bereiche wie den Informationsraum, in dem die USA einen Multidomänen-Krieg führen, erkannt, geschweige denn richtig verteidigt.

Die politische Einmischung der USA kann als ein nicht-militärisches Instrument der Überzeugungs-, Anreiz- und Zwangsstrategien entlang eines einzigen Spektrums verstanden werden, das am anderen Ende auch militärische Instrumente der Überzeugungs-, Anreiz- und Zwangsstrategien umfasst.

Mit anderen Worten: Die Einmischung der USA ist nur der erste Schritt eines Prozesses, der schließlich Sanktionen, von den USA geförderte Aufwiegelung, Terrorismus, Stellvertreterkriege und sogar die Invasion und Besetzung durch die USA umfasst – alles mit dem Ziel, ein Zielland politisch zu erobern und zu kontrollieren. Libyen und Syrien sind Beispiele für die politische Einmischung der USA, die sich stetig zu staatlich geförderter Gewalt, einem Stellvertreterkrieg und schließlich zu einer direkten US-Intervention entwickelte.

Die Grenzen für Washingtons Fähigkeit, sich entlang dieses Spektrums zu bewegen, sind die Maßnahmen, die eine Zielnation ergriffen hat, um jeden Schritt zu verhindern.

Ein Land mit einem großen Militär und einem streng kontrollierten Informationsraum erschwert den USA jede Art von Überredungs-, Anreiz- und Zwangsstrategie.

Nationen mit mächtigen Streitkräften, aber ohne Kontrolle über ihren eigenen Informationsraum – im 21. Jahrhundert – sind ähnlich wie Nationen im letzten Jahrhundert mit mächtigen Landarmeen, aber ohne Luftstreitkräfte oder Luftabwehr. Dank der Luftstreitkräfte konnten die USA ungestraft gezielte Angriffe auf Länder durchführen und schufen damit sowohl militärisch als auch wirtschaftlich günstige Bedingungen für einen möglichen Regimewechsel.

Indem sie den Informationsraum einer Zielnation kompromittieren und kontrollieren, welche Informationen weitergegeben werden dürfen und welche nicht, können die USA heute die Bevölkerung eines Landes gegen seine eigenen Institutionen aufbringen, ohne dass Washington selbst einen einzigen Schuss abgibt. Das dauert zwar viel länger und wird von gewöhnlichen Beobachtern oft nicht bemerkt, aber das Endergebnis ist ein ebenso durchschlagender Erfolg wie jede traditionelle militärische Eroberung. Der Sturz der georgischen Regierung im Jahr 2003 und der ukrainischen Regierung im Jahr 2014 sind nur zwei von vielen Beispielen.

Die jüngste Verabschiedung des georgischen Gesetzes über ausländische Agenten war ein erster zaghafter Schritt, um den Informationsraum des Landes vor der tiefgreifenden und störenden Einmischung zu schützen, die die USA über lokale, von der US-Regierung über das National Endowment for Democracy (NED) und benachbarte Organisationen finanzierte Fronten ausüben.

Washingtons "Superwaffe" zielt auf Georgien

Die NED finanziert Programme, die auf den georgischen Informationsraum abzielen, indem sie Medienorganisationen unterstützt, die die Interessen der USA fördern, darunter den Beitritt Georgiens zur EU und zur NATO. Diese Medienplattformen wiederholen auch US-Narrative über US-Gegner wie Russland und China und versuchen so, die georgische Bevölkerung gegen diejenigen zu vergiften, die ansonsten konstruktive Partner für Georgiens Zukunft wären.

Ein Beispiel dafür ist "Open Caucasus" (OC), das zugegebenermaßen von der US-Regierung über die NED finanziert wird und auf seiner <u>Über uns</u>-Seite zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels <u>Berichte</u> über die anhaltenden Proteste in Georgien, <u>Meinungsäußerungen</u>, in denen die georgischen Wahlen als "<u>gefälscht</u>" bezeichnet werden, und Behauptungen über den "russischen Einfluss" hinter dem Wunsch Georgiens, nicht erneut als Stellvertreter der USA gegen Russland eingesetzt zu werden, enthält – alles Narrative, die vom US-Außenministerium selbst gefördert werden.

Von der US-Regierung finanzierte Medien wie OC sind zahlreich, gut finanziert und monopolisieren oft den Informationsraum in Zielländern wie Georgien. Dies liegt daran, dass viele Länder auch auf in den USA ansässige Social-Media-Plattformen wie Facebook und Suchmaschinen wie Google angewiesen sind, um Informationen zu finden und weiterzugeben. Diese in den USA ansässigen Plattformen arbeiten direkt mit dem US-Außenministerium zusammen und bestimmen, welche Informationen geteilt werden dürfen und welche nicht, und welche Informationen in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Von der US-Regierung finanzierte Programme zielen auch auf die Bildungssysteme anderer Nationen ab, von der Grundschule bis zur Universität, und prägen die jungen Köpfe, was sie denken sollen, lange bevor sie verstehen, wie sie denken sollen. Die Schüler sehen dann, wie die durch diese Programme geförderten Narrative durch die von den USA dominierten Medien verstärkt werden und die nationale Meinung und sogar die Identität prägen.

Die USA schaffen durch das Außenministerium und die NED ganze <u>Pipelines</u>, in denen Jugendliche indoktriniert werden, die sich schließlich ihren Weg in das Rechts-, Bildungs-, Journalisten- oder politische System eines Ziellandes bahnen. Angehende Juristen, Pädagogen, Führungskräfte, Diplomaten und Journalisten werden absichtlich in berufliche und persönliche Netzwerke im gesamten Westen eingebunden, um sicherzustellen, dass die große Mehrheit der in diesen Programmen Indoktrinierten nicht nur den US-Interessen dient, sondern auch beruflich und persönlich isoliert wird, wenn sie es nicht tut.

Zusammengenommen stellen diese invasiven Mittel der politischen Einmischung und Vereinnahmung eine "Superwaffe" dar, die nur wenige Nationen anerkennen, geschweige denn sich dagegen verteidigen können. Nationen wie Russland und China haben viel getan, um ihre jeweiligen Informationsräume sowie ihre Bildungs-, Rechts- und politischen Systeme vor solchen Eingriffen zu schützen. Ihre Fähigkeit, ihre Verbündeten dabei zu unterstützen, ist bislang jedoch begrenzt.

Der anhaltende Kampf Georgiens gegen Washingtons Versuche, die politische Kontrolle über das Land wiederzuerlangen und es auf einen Pfad der Selbstzerstörung zu lenken, stellt nicht nur für Georgien selbst, sondern auch für den Rest der multipolaren Welt eine nationale Sicherheitsbedrohung dar. Wenn Georgien politisch gekapert, seine Bevölkerung (wieder) gegen ihre eigenen Inte-

ressen vergiftet und davon überzeugt werden kann, ihre eigene Nation im Konflikt mit Washingtons Hauptgegnern zu zerstören, kann jede andere Nation als nächstes ins Visier genommen werden.

In der gesamten multipolaren Welt muss mehr getan werden, um Washingtons "Superwaffe" des Regimewechsels zu entlarven und die Mittel zu fördern, mit denen man sich dagegen verteidigen kann. Dazu gehören Gesetze gegen ausländische Agenten, die die Finanzierung des NED und benachbarter Stiftungen unterbinden, die Schaffung von Pipelines, die künftige politische Führer, Diplomaten, Unternehmer und Journalisten hervorbringen, die den Interessen ihrer eigenen Nation und nicht denen Washingtons dienen, sowie die Schaffung von Social-Media-Plattformen innerhalb und zwischen den Nationen der multipolaren Welt, die nicht von Washington kontrolliert werden können.

Russland und China könnten dabei helfen, den Informationsraum eines Landes zu verteidigen, so wie Russland und China militärische Waffen verkaufen, um die traditionellen Bereiche eines Landes wie Luft, Land und See zu verteidigen.

Heute ist es Georgien. Morgen – und das haben die USA im Laufe der Jahrzehnte mit ihrer langen und ständig wachsenden Liste von Nationen bewiesen, die durch die Einmischung der USA gespalten und zerstört wurden – könnte es jede beliebige Nation sein.